



Niederschrift

-öffentlich-

über die

Sitzung des Kreisausschusses - außerordentlich

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 31.07.2025
Beginn:	09:00 Uhr
Ende	10:42 Uhr
Ort, Raum:	Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

Anwesend waren:

Vorsitzender

Eberth, Thomas

Mitglieder der CSU Fraktion

Jungbauer, Björn

anwesend ab 9:02 Uhr

Krämer, Helmut

Lehrieder, Paul

Schlier, Konrad

Schmidt, Martina

Schmitt, Roland

Vertretung für Frau Rosa Behon

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Hecht, Jessica

anwesend ab 9:03 Uhr

Heußner, Karen

Winzenhörlein, Sven

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Freiherr von Zobel, Felix

Joßberger, Ernst

Vertretung für Herrn Peter Juks

Mitglieder der SPD Fraktion

Schlereth, Bernhard

Mitglieder der FDP/ödp-Fraktion

Kuhl, Wolfgang

Stellvertreter/in

Haupt-Kreutzer, Christine

Vertretung für Herrn Stefan Wolfshörndl
anwesend bis 10:38 Uhr

Protokollführerin

Troll, Margarete

Außerdem anwesend:

2 Vertreter der Medien
Diverse Zuhörer

Kreisrat Kuhl F.
Kreisrat Fiederling
Kreisrätin Sachs
Kreisrat Wolfshörndl (ab 10:19 Uhr)

vom Landratsamt Würzburg:

S - Herr Dröse
SFB 1 - Frau Hümmer
GB 1 - Frau Opfermann
SFB 3 - Herr Kämmerer
ZFB 3 - Frau Puchalla

vom Kommunalunternehmen (KU) des Landkreises Würzburg:

Herr Scheller - Vorstand KU, Geschäftsführer Main-Klinik
Herr Schell - Geschäftsführer Main-Klinik Ochsenfurt
Herr Dr. Sonnek - Prokurist und stv. Verwaltungsleiter Main-Klinik Ochsenfurt

Abwesend/Entschuldigt:

Mitglieder der CSU Fraktion

Behon, Rosa	entschuldigt
-------------	--------------

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Juks, Peter	entschuldigt
-------------	--------------

Mitglieder der SPD Fraktion

Wolfshörndl, Stefan	entschuldigt
---------------------	--------------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Sachstand zum Zusammenschluss des Kommunalunternehmens
Klinik Kitzinger Land (KKL) und der Main-Kliniik Ochsenfurt gGmbH
(MKO) **StabL/060/2025**

Landrat Thomas Eberth begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Gäste, die Damen und Herren aus der Main-Klinik Ochsenfurt, dem Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg, der Verwaltung des Landratsamtes sowie die Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist, mit der Tagesordnung Einverständnis besteht und die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

Kreisausschuss	Termin 31.07.2025	Vorlage: StabL/060/2025
		TOP 1
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:

Sachstand zum Zusammenschluss des Kommunalunternehmens Klinik Kitzinger Land (KKL) und der Main-Kliniik Ochsenfurt gGmbH (MKO)

Anlage/n:

- Präsentation

Sachverhalt:

Das Kommunalunternehmen Klinik Kitzinger Land (KKL) und die Main-Klinik Ochsenfurt gGmbH (MKO), verbundenes Unternehmen (100%iges Tochterunternehmen) des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg (KU), kooperieren bereits viele Jahre erfolgreich miteinander auf einzelnen Themenfeldern unter Ausschöpfung der kommunal-rechtlichen Grenzen.

Aufgrund der Diskussionen und angekündigten Rahmenbedingungen bei der Krankenhausreform, rund um die Finanzierung der Kliniken sowie medizinischen und personellen Fragestellungen erfolgte ab Ende 2023 der vertiefte Austausch anfangs zwischen den Vertretern der beiden Kliniken auf Ebene der Geschäftsführung bzw. des Vorstands und in der Folge erweitert mit Frau Landrätin Bischof und Herrn Landrat Eberth. Ziel war hierbei eine engere und strategische Ausrichtung dieser Kooperationen.

Neben medizinischen und versorgungstechnischen Vorteilen sowie möglichen Synergieeffekten wurden auch konkrete Rahmenbedingungen bis hin zu Fusionsoptionen der beiden Kliniken ergebnisoffen diskutiert. Da am Ende mögliche Umsetzungsvarianten eine Entscheidung beider Kreistage notwendig machen werden, wurde in einer interkommunalen Gremiumssitzung im April 2024 als gemeinsamer Austauschplattform eine erste Diskussion zur zukunftsfähigen Gestaltung der Zusammenarbeit geführt; in der Folge wurde der Wille zur weiteren Planung in einer Absichtserklärung sowie Exklusivitäts- und Vertraulichkeitsvereinbarung fixiert.

Die beiden Kreistage des Landkreises Kitzingen und des Landkreises Würzburg hatten zuletzt am 19.05.2025 umfangreiche Informationen rund um die bisherigen Prüfungsergebnisse eines möglichen Klinikzusammenschlusses erhalten und in einer gemeinsamen Sitzung einen Grundsatzbeschluss gefasst, die beiden Kliniken miteinander zu fusionieren. In dieser Sitzung wurde dem Grundlagenpapier wie vorgelegt zugestimmt und Herr Landrat Eberth ermächtigt, auf dessen Basis inklusive des Entwurfs der Eckpunkte zu einem medizinischen Konzept (Stand: 10.04.2025) für den Landkreis Würzburg mit dem Landkreis Kitzingen die Gründung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens und die hierzu erforderlichen Regelungen (insbesondere Unternehmenssatzung, medizinische und organisatorische Organisationsentscheidungen) vorzubereiten.

Die Vorstände des KKL, die Geschäftsführer der MKO und der Vorstand des KU sind gemeinsam mit Vertretern der beiden Landkreise im regelmäßigen Austausch, um die erforderlichen Schritte vorzubereiten. Insbesondere gesellschaftsrechtliche Fragestellungen, Förderrecht, Krankenhausrecht, Steuerrecht und notwendige vertragliche Grundlagen werden von zwei Fachkanzleien geklärt.

Daneben werden die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) und die KIG Klinik-IT e.G. München bei Bedarf von den Klinikverantwortlichen hinzugezogen.

Der Verwaltungsrat der KKL und die Gremien des Landkreises Würzburg inkl. Verwaltungsrat KU sowie Aufsichtsrat MKO wurden fortlaufend zum Sachstand informiert.

Der aktuelle Verfahrensstand wird im Sachvortrag erläutert.

Debatte:

Landrat Eberth führt kurz in den Sachverhalt ein.

Er teilt mit, dass die Zuständigkeit der Aufgabenerfüllung für Kliniken gemäß Landkreisordnung (LKrO) beim Kreistag liege. Die Zuständigkeit für die Main-Klinik Ochsenfurt sei satzungsgemäß vor Jahren an das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg übertragen worden. Die originäre Zuständigkeit für die Main-Klinik liege beim Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens und in Teilen gemäß Gesellschaftervertrag beim Aufsichtsrat der Main-Klinik. Der Kreistag diskutiere aber nach wie vor über die Aufgaben der Main-Klinik.

Für Außenstehende sei dieses Geflecht nicht immer leicht zu verstehen. Hinzu kommen noch Entscheidungen seitens der Bundesregierung oder des Freistaates Bayern. Die Rahmenbedingungen seien einer stetigen Veränderung ausgesetzt, was den Diskussions- und Fusionsprozess nicht einfach mache.

Kreisrat Winzenhörlein trägt die Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor:

- Zusammenarbeit des gemeinsamen Kommunalunternehmens (gKU) mit dem Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg (KU)
- Offenlegung der Verflechtungen Klinik/KU in Bezug auf IT, Personal, Verpflegung
 - Wie lösen wir die Verflechtungen?
 - Wer dokumentiert die Prozesse, die herausgelöst werden müssen, und seit wann?
- Der Landkreis Kitzingen hat seine Personalfragen für das neue gemeinsame Kommunalunternehmen bereits geklärt, wie sehen die personellen Entscheidungen auf Ebene des Landkreises Würzburg aus?
- Welche Dienstleistungen kann das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg in welcher Form anbieten? IT, Personalabrechnung, was passiert mit der Küche in Ochsenfurt?
- Was passiert mit dem verbleibenden Kommunalunternehmen? Der Zuschnitt des Landkreis-KU ist nach einer Fusion ein komplett anderer. Dies wird auch Auswirkungen auf die Führungsstruktur haben.

Kreisrat von Zobel gehe davon aus, dass momentan noch nicht alle Verflechtungen monetär genannt werden können. Er möchte vielmehr wissen, ob man den zeitlichen Rahmen abschätzen könne, bis wann diese genannt werden können.

Landrat Eberth verweist auf die vorbereitete Präsentation und darauf, dass auch nach der heutigen Sitzung einige Fragen offenbleiben, da hierzu politische Beschlüsse nötig seien. Das Thema Personal sei noch keine Frage im laufenden Prozess, hier brauche es Struktur und Aufgaben. So seien z.B. die Vorstände von dem dann zuständigen Gremium zu benennen.

Aufgabenübertragungen seien in den Kreistagen Kitzingen und Würzburg kommunalunternehmenstechnische Fragen und im Verwaltungsrat oder wenn notwendig im Kreistag zu entscheiden.

Herr Scheller und Herr Schell, Vorstand des KU und Geschäftsführer der Main-Klinik Ochsenfurt, geben anhand einer Präsentation den aktuellen Stand der Klinik-Fusion aus Sicht der Main-Klinik-Geschäftsführung bekannt.

Zu Folie 14: Wie werden die Verflechtungen zwischen Klinik und KU gelöst?

Landrat Eberth teilt ergänzend die Historie mit. Der Landkreis Würzburg hatte bis 1972 keine Klinik. Der Altlandkreis Ochsenfurt gründete 1958 das Kreiskrankenhaus Ochsenfurt und weihte es 1962 ein. Die Klinik wurde 1998 zur Main-Klinik Ochsenfurt und die Zuständigkeit ging an das neu gegründete Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg über.

Zu Folie 15: Welche gegenseitigen Leistungen erbringen KU und gKU zukünftig?

Landrat Eberth nennt als Beispiel die Essenszubereitung. Die Landkreise Kitzingen und Würzburg seien sich einig, dass diesbezügliche Entscheidungen gemeinsam getroffen werden müssen. Die Nahrungsmittelversorgung sei zwar nur ein kleiner Teilbereich, müsse aber auch sukzessive vernünftig analysiert und abgearbeitet werden.

Zu Folie 16: Was passiert mit dem verbleibenden KU des Landkreises Würzburg?

Landrat Eberth betont, wenn ein Teilbereich aus dem Kommunalunternehmen herausgelöst werde, sei es nicht geschwächt oder habe keine Entscheidungskompetenzen mehr. Es werde immer noch ein prägendes Unternehmen und ein wichtiges Standbein für die Daseinsvorsorge im Landkreis Würzburg sein.

Selbst wenn die Aufgabe der Klinikversorgung einem gemeinsamen Kommunalunternehmen übertragen werde, sei das Kommunalunternehmen immer noch größer als vor 10 Jahren.

In den letzten 10 Jahren habe es große Entwicklungen im Seniorenbereich gegeben. Mittlerweile sei der Landkreis Würzburg der größte Träger der Senioreneinrichtungen im Landkreis Würzburg und darüber hinaus. Aufgaben, wie die Geschäftsversorgung für die Fernwasserversorgung (FWM), haben das Kommunalunternehmen wachsen lassen.

Zu Folie 17: Personalfragen: Kitzingen hat seinen Vorstand benannt – wie sieht es in Würzburg / Ochsenfurt aus?

Landrat Eberth hält fest, dass die Entscheidungshoheit bei den Kreistagen Kitzingen und Würzburg liege. Erst wenn die Satzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen (gKU) von beiden Kreistagen beschlossen wurde, könne entschieden werden, aus wie vielen Personen der Verwaltungsrat und auch der Vorstand bestehe.

Im Anschluss an die Präsentation werden Fragen aus dem Gremium beantwortet.

Kreisrat Joßberger möchte wissen, ob Alternativen geprüft worden seien, da dies Vorgabe gewesen sei.

Herr Schell teilt mit, dass Anfang 2024 schon Gespräche mit anderen Kliniken sowie interne Gespräche mit den Chefarzten geführt worden seien. Nach diesen Gesprächen sei sowohl die Geschäftsführung wie auch die chefarztliche Ebene einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, dass die Klinik Kitzinger Land der richtige Kooperationspartner sei. Beide Kliniken haben große Überschneidungen im Einzugsgebiet und beim Leistungsspektrum. Man sehe sich auch als Grund- und Regelversorger und mit dem Uniklinikum Würzburg sei ein starker Partner vorhanden, wo alle komplexen Leistungen hingehen. Man habe viele Verträge, z.B. Herzinfarktnetzwerk, Schlaganfallnetzwerk, Intensivübernahmen.

Kreisrat Joßberger erkundigt sich, ob die Genehmigungs- bzw. Aufsichtsbehörde mit dieser Vorgehensweise einverstanden sei.

Herr Schell berichtet, dass man mit dem Gesundheitsministerium im Austausch sei. Die Satzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens werde auch von der Kommunalaufsicht geprüft werden.

Kreisrat von Zobel nimmt Bezug auf das in der Präsentation genannte Treffen der Personalleitungen mit Vorstand/Geschäftsführung am 08.07.2025, bei dem ein Austausch zu zentralen personalstrategischen Themen stattgefunden habe.

Er möchte wissen, um welche personellen Themen es gegangen sei, da es sich für ihn so anhöre, als ob man die Führungsfrage doch schon diskutiere.

Des Weiteren bittet er um Auskunft darüber, wann eine Liste der monetären Verflechtungen vorgelegt werden könne.

Für die Mitarbeiter des gemeinsamen Kommunalunternehmens sei es auch wichtig, wer der Klinikvorstand oder der Geschäftsführer sei. Landrat Eberth habe dazu bereits gesagt, dass dies im Verwaltungsrat eines gemeinsamen gKU zu klären sei, aber die Verwaltung Vorschläge erarbeitet. Er bitte um Auskunft, ob diese Vorschläge dem Kreistag vorgelegt werden.

Herr Schell nimmt zum Thema Austausch personalstrategischer Themen Stellung. Man habe sich mit beiden Leitungen der Personalabteilung getroffen, um darüber zu sprechen, wie und welche Personal-Software man einsetzen wolle und wie ein Betriebsübergang funktioniere. Man rede noch nicht über Namen. Es gebe von Anfang an den Grundsatz, dass man Einsparungen mit Personal durch natürliche Fluktuation erzielen werde, wenn keine betriebsbedingte Kündigungen vorliegen. Auf der Arbeitsebene werden diese Fragen noch nicht diskutiert.

Herr Scheller nimmt zum Thema Führung und Kosten Stellung. Die Liste der monetären Verflechtungen werde ständig befüllt. Er erinnert an die gemeinsame Sitzung des Verwaltungsrates des KU und des Aufsichtsrates in der Main-Klinik Ochsenfurt am 31.03.2025, in der eine konkrete Auflistung darüber gezeigt worden sei, wo Schnittstellen vorhanden und auch schon Zahlen genannt worden seien. Ein Sachstandsbericht mit den aktuellen Zahlen könne regelmäßig vorgelegt werden.

Herr Schell ergänzt, dass die Wirtschaftspläne der Main-Klinik vorliegen. Daraus sei ersichtlich welche Dienstleistungen das KU erbringe. Aufgeführt sei auch die KU-Umlage - ungefähr 2/3 davon seien Personalkosten.

Landrat Eberth nimmt Stellung zum Thema gKU-Satzung. Der Satzungs-Entwurf sei noch mit der Regierung von Unterfranken abzustimmen, sei aber schon in der gemeinsamen Fraktionsvorsitzenden-Sitzung am 27.06.2025 in Kitzingen vorgestellt worden.

Kreisrätin Hecht bedankt sich bei den Herren Schell und Scheller für die Informationen. Für sie sei es wichtig und erhellend gewesen, was heute berichtet wurde, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können. Sie finde es richtig, dass die Informationen im Rahmen einer öffentlichen Sitzung bekanntgegeben werden. Wichtig sei ihr auch, dass die Kreistage darüber entscheiden. Man nehme diese Aufgabe sehr ernst und in dem Zusammenhang sei auch das Bedürfnis nach Informationen zu sehen.

Sie bittet um Auskunft darüber, inwieweit die Betriebsräte der beiden Kliniken eingebunden seien und die Anliegen der Mitarbeitenden auf allen Ebenen in die Entscheidungsprozesse hineingenommen werden

Herr Schell berichtet, dass die Betriebsräte mit eingebunden seien. Man habe monatliche Gespräche mit Betriebsrat und Geschäftsführung. Die Betriebsräte beider Kliniken bekommen alle Protokolle aus allen Arbeitsgruppen. Es habe ein gemeinsames Treffen mit Vorstand, Geschäftsführung und beiden Betriebsratsvorsitzenden und deren Stellvertretung gegeben.

Herr Scheller ergänzt, dass auch ein Austausch mit den Personalräten des Kommunalunternehmens stattfinde. Über die KU-Mitarbeiter-App seien bereits zwei Videobeiträge eingestellt worden, in denen die KU-Mitarbeiter über diesen Prozess und die weiteren Schritte informiert worden seien.

Kreisrat Kuhl, Wolfgang, bedankt sich für die Informationen. Er spricht das Vertrauen, das von Seiten des Landkreises Kitzingen nicht ganz vorhanden sei, an. Die Gründe dafür liegen anscheinend in der Vergangenheit und seien durch die Zusammenarbeit mit der vorherigen Vorstandschaft zustande gekommen.

Er möchte von Landrat Eberth wissen, wie er dieses Vertrauen wieder festigen möchte.

Landrat Eberth erwidert, nur wenn man sich zusammensetze, gemeinsam analysiere und gemeinsam Verbesserungen vornehme, könne man Vertrauen wieder aufbauen. Es sei gut, dass man jetzt noch etwas Zeit habe für die Gespräche und den Prozess der Fusion.

Herr Scheller ergänzt, um Vertrauen wieder aufzubauen sei ein langwieriger Prozess nötig. Das neue gKU solle unabhängig sowie wirtschaftlich und finanziell erfolgreich sein.

Außerdem solle eine gute medizinische Leistung angeboten werden.

Bei kommunalen Strukturen sei es sinnvoll darüber nachzudenken, ob man in Bereichen, in denen es Schnittstellen gebe, zusammenarbeite. Es können Systeme und Anlagen gemeinsam genutzt werden. Ebenso könne man sich an Dienstleistungen des jeweils Anderen bedienen.

Das Kommunalunternehmen Würzburg übernehme z.B. die Personalverwaltung und den Datenschutz für viele Landkreisgemeinden und stelle mittlerweile sogar für den Landkreis Schweinfurt Deutschland-Tickets aus. Hier bediene man sich der Kompetenz und nur so komme man als Kommune voran. Es dürfe keine Denkverbote geben. Ebenso solle man nicht gleich etwas apodiktisch ablehnen.

Herr Schell teilt ergänzend mit, dass mit der Übernahme der Buchhaltung für die Mainschleifenbahn bereits für den Landkreis Kitzingen gearbeitet werde.

Er sehe in den fast einstimmigen Beschlüssen der Kreistage Kitzingen und Würzburg einen riesigen Vertrauensvorschuss und kein Vertrauensproblem. Man vertraue sich auch auf Geschäftsführungsebene und versuche Vertrauen auf der Führungsebene aufzubauen. Er hoffe, dass die Erarbeitung vernünftiger Vorschläge, die zwei Abteilungsleiter von zwei verschiedenen Unternehmen jetzt gemeinsam erarbeiten, dieses Vertrauen wieder festige.

Kreisrat Winzenhörlein bedankt sich ebenfalls für die ausführlichen Informationen und lobt die Präsentation. Für ihn seien die Fragen auch dadurch beantwortet worden.

Er finde es gut, dass die Mitarbeitenden von Anfang an mitgenommen wurden, um keine unnötigen Verunsicherungen auszulösen.

Seines Wissens nach habe die ehemalige Vorständin schon im Frühjahr 2024 ein Strukturgutachten gefordert. Er erkundigt sich, warum das Gutachten erst jetzt beauftragt worden sei und ob dies ggf. den Prozess verzögere.

Herr Schell erwidert, im Frühjahr 2024 sei ein ganz anderer Ansatz gefordert gewesen.

Auf Initiative des Gesundheitsministerium fand im Oktober 2024 ein großes Treffen statt, bei dem auf ein Förderprogramm für kleine Krankenhäuser hingewiesen wurde. In dem anschließend beauftragten Strukturgutachten der Region gehe es um die Leistungsverteilung, Leistungsgruppen in der Region und wie hochkomplexe Leistung verschoben werde.

Er nennt als Beispiel, dass in nahezu allen kleinen Kliniken die Hals-Nasen-Ohren-Abteilung (HNO) schließen werde. In der Abstimmung gehe es darum, wie die Uniklinik als wahrscheinlich einziger Versorger in der Region das meistern könne. In dem Strukturgutachten gehe man schon von dem Szenario aus, dass die Klinik Kitzinger Land und die Main-Klinik zusammengehören. Dieses Gutachten habe nichts mit der Fusion zu tun, sondern allgemein mit der regionalen Versorgung in der Region.

Im Gutachten vom Frühjahr 2024 sei es um das medizinische Konzept für einen Zusammenschluss gegangen. Zur Beratung sei die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) hinzugezogen worden. Man sei mit dem Ministerium im Gespräch.

Kreisrat Jungbauer schließt sich dem Dank an. Es habe sich heute gezeigt, dass das Team mit Herrn Schell, Herrn Scheller und Herrn Dr. Sonnek sich seiner Aufgabe stelle. Von Seiten der Politik sei ein Vertrauensvorschuss gekommen. Deutlich sei heute auch geworden, dass die Zusammenarbeit auf der Verwaltungsebene gut funktioniere.

Er könne nicht verstehen, warum jetzt schon Personalfragen gestellt werden. Viele Prozesse zeigen, dass es wichtiger sei, zuerst die Strukturfragen beantworten zu können. Er begrüße es, dass kritische Nachfragen kommen und in die Öffentlichkeit getragen werden.

Es gehöre aber manchmal auch dazu, dass Dinge zuerst im Verwaltungsrat vorbesprochen werden müssen, bevor man in einer öffentlichen Sitzung darüber rede. Bei einer Verhandlung sei es immer so, dass Verhandlungsoptionen und -positionen vielleicht im Vorfeld nicht nach außen getragen werden sollen oder erst nach innen gefestigt werden müssen.

In puncto Vertrauen versuche er bei den Kollegen des Kitzinger Kreistages dafür zu werben und zu vermitteln, dass im Kommunalunternehmen Würzburg jetzt andere Strukturen vorhanden seien. Gerade weil in der Gesundheitslandschaft viel passiere, müsse man sich trauen und vertrauen. Die Landkreise Kitzingen und Würzburg haben, jeder für sich, ihre Hausaufgaben zu machen. Er glaube, dass man mit dem Klinikum Kitzinger Land einen Platz in der Region habe und damit die medizinische Versorgung sichergestellt werde.

Nach der Herauslösung der Main-Klinik aus dem Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg, müsse man den Blick für das zukünftige Kommunalunternehmen schärfen. Vielleicht ergeben sich Chancen, zusätzliche Dienstleistungen zu erbringen oder man stelle fest, dass Dienstleistungen, die bisher erbracht wurden, von anderen mit mehr Kompetenz oder auch wirtschaftlicher erbracht werden können.

Stellv. Landrätin Haupt-Kreutzer bedankt sich für die Zusammenfassung und die Beantwortung der Fragen. Das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg habe außer der Main-Klinik noch viele andere Bereiche. Irgendwann werde man eine Bewertung darüber brauchen, was sich im Kommunalunternehmen verändere, was es koste und wo Synergien vorhanden seien. Sie würde es begrüßen, wenn bis Jahresende eine Richtschnur vorhanden sei.

Ein wichtiger Punkt sei ihr auch, dass die Personalräte entsprechend mit eingebunden werden. Sie habe vernommen, dass es zum Teil keinen Betriebsübergang geben werde. Eine wichtige Aussage war, dass Mitarbeiter freiwillig wechseln müssen oder man durch eine natürliche Fluktuation Personaleinsparungen haben werde. Sie sehe es auch so, dass zuerst Strukturen geschaffen werden müssen und erst dann über das Personal entschieden werden könne.

Kreisrat Schlereth bedankt sich ebenfalls für die Informationen. Seines Wissens nach kam vom Landkreis Kitzingen der Wunsch, bis Herbst eine Entscheidung in der Personalsituation treffen zu können. Er fragt nach, ob diese unterschiedliche Auffassung in den Gremien schon geklärt worden sei. Ihm gehe es darum, keine neuen Spannungen aufzubauen.

Landrat Eberth erwidert, sobald das „Rumpf-gKU“ gegründet worden sei, sei für den Herbst vorgesehen den beiden Kreistagen die Satzung des gKU vorzulegen. Die sukzessive Füllung des gKU müsse dann noch erfolgen. Die Vorstands- und Strukturfrage müsse in beiden Verwaltungsräten diskutiert und beschlossen werden.

Kreisrat Schlereth teilt mit, ihm gehe es darum, dass keine weiteren Spannungen aufgebaut werden. Er fragt nach, ob bezüglich der Benennung der Vorstände schon einmal miteinander diskutiert worden sei.

Landrat Eberth teilt mit, dass man im stetigen Austausch sei. Wichtiger sei, was hinter der Position stehe und wer sich um was kümmere. Sobald das geklärt sei, werde man im zuständigen Gremium Personalfragen diskutieren. Dies sei jetzt aber noch zu früh.

Kreisrat von Zobel merkt an, dass der Verwaltungsrat in bestimmten Punkten an den Kreistag Würzburg weisungsgebunden sei. Er möchte wissen, ob der Verwaltungsrat des gemeinsamen Kommunalunternehmens (gKU) an beide Kreistage weisungsgebunden sei und ob dies rechtlich darstellbar sei.

Herr Dröse, Leiter der Stabsstelle Landrat, verweist auf das Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) und die Landkreisordnung (LKrO). Darin stehe, bei welchen Entscheidungen die jeweiligen Kreistage entsprechend zu beteiligen seien. Dies wären beispielsweise Satzungsänderungen oder wenn grundsätzliche Fragen des gKU zu klären seien, wie eine Standortaufgabe. Im Entwurf der gKU-Satzung sei dies bereits mit aufgenommen worden.

Landrat Eberth hält fest, dass es in einer Satzung immer Dinge geben werde, mit denen sich der Kreistag als Aufgabenträger beschäftigen müsse.

Landrat Eberth beendet die Sitzung um 10:42 Uhr nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Troll
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender